

Schulamt für die Stadt Köln

als untere staatliche Schulaufsichtsbehörde



Handlungshilfe zur Verfolgung von Schulpflichtverletzungen

Schulamt für die Stadt Köln

**Schulamt für die Stadt Köln
als untere staatliche Schulaufsichtsbehörde
Willy-Brandt-Platz 3
50679 Köln**

Stand: November 2020

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines zur Schulpflicht	5
2. Rechtliche Grundlagen	5
2.1 SCHULPFLICHT	5
2.2 ÜBERWACHUNG DER SCHULPFLICHT	6
3. Schulinterne Maßnahmen	6
3.1 ERZIEHERISCHE EINWIRKUNG	7
3.1.1 Zusammenarbeit mit dem Jugendamt	8
3.2 ORDNUNGSMAßNAHMEN	8
3.3 SCHRIFTLICHE AUFFORDERUNG DER SCHULE	9
4. Weitergehende Maßnahmen	9
4.1 ZWANGSWEISE ZUFÜHRUNG	9
4.2 ORDNUNGSWIDRIGKEITENVERFAHREN	11
4.2.1 Anhörung	11
4.2.2 Versäumnisanzeige	12
4.2.3 Schematische Darstellung des Ordnungswidrigkeitenverfahrens	14
4.3 VERWALTUNGSZWANG	14
5. Dokumentation und Auswertung von Fehlzeiten durch die Schule	14
5.1 SCHÜLERSTAMMDATENBLATT	14
5.2 KLASSENBUCH / KURSBUCH	14
5.3 ÜBERWACHUNG DER SCHULPFLICHT DURCH DIE SCHULE	15
5.3.1 Aufgaben der Schulleitung	15
5.3.2 Aufgaben der Lehrkräfte	15
5.3.3 Erfassung, Auswertung und Dokumentation der Fehlzeiten	15
6. Anlagenverzeichnis	16
AUSZUG AUS DEM SCHULGESETZ FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN	17
GESETZ ÜBER ORDNUNGSWIDRIGKEITEN (ORDNUNGSWIDRIGKEITENGESETZ, OWIG)	22
RUNDERLASS ÜBERWACHUNG DER SCHULPFLICHT	25
ABLAUF EINER ZWANGSZUFÜHRUNG IM RAHMEN DER SCHULPFLICHTÜBERWACHUNG	28

CHECKLISTE ZUR BEARBEITUNG DER VERSÄUMNISANZEIGE FÜR DEN BUßGELDBESCHEID 29**ABLAUF DES ORDNUNGSWIDRIGKEITENVERFAHREN IM RAHMEN DER****SCHULPFLICHTÜBERWACHUNG..... 30****HINWEISE FÜR DIE SCHULEN BEI DER DURCHFÜHRUNG VON BUßGELDVERFAHREN UND MÖGLICHE****FEHLERQUELLEN 31**

1. Allgemeines zur Schulpflicht

Die Schulpflicht ist in §§ 34 ff. und 41 Schulgesetz NRW (SchulG) gesetzlich normiert.

Eine wesentliche Grundlage zur Überwachung der Schulpflicht bildet der Runderlass (RdErl.) des MSB vom 04.02.2007 – „Überwachung der Schulpflicht“ (Schulpflichterlass). Hierin enthalten sind neben Regelungen zur Erfassung der Schulpflichtigen auch die vorgesehenen Maßnahmen bei Nichterfüllung der Schulpflicht.

Bei Verletzungen der Schulpflicht handelt es sich um **Ordnungswidrigkeiten** gemäß § 126 Abs. 1 Nr. 4 und 5 SchulG. Bleiben die Maßnahmen der Schule (erzieherische Einwirkung und Ordnungsmaßnahmen gemäß § 53 SchulG sowie schriftliche Aufforderung der Schule) ohne Erfolg, kann die Schulpflichtverletzung mit einem Bußgeld geahndet werden (§ 126 Abs. 2 Satz 1 SchulG).

Eine besondere Ausprägung einer Schulpflichtverletzung ist die eigenmächtige, rechtswidrige Verlängerung der Ferienzeiten seitens der Erziehungsberechtigten, um vorzeitig in den Urlaub starten und/oder verspätet zurückkehren zu können.

Um Maßnahmen bei Nichterfüllung der Schulpflicht ergreifen zu können, müssen zunächst unentschuldigte Fehlzeiten erkannt, dokumentiert und der Schulleitung gemeldet werden. Die Feststellung der Abwesenheitszeiten der Schülerinnen und Schüler setzt dabei auf der Ebene des Klassen- und Kursunterrichtes an.

2. Rechtliche Grundlagen

Insbesondere sind die folgenden Rechtsvorschriften bzw. Verwaltungsvorschriften im Zusammenhang mit der Überwachung der Schulpflicht zu beachten:

- § 126 SchulG i. V. m. §§ 34 bis 43 und 53 SchulG (**Anlage 1**)
- §§ 31 ff., 47 Abs. 1 und 55 Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (**Anlage 2**)
- RdErl. „Überwachung der Schulpflicht“ des MSB vom 04.02.2007 (Schulpflichterlass) (**Anlage 3**)

2.1 Schulpflicht

Regelungen zur Schulpflicht sind in Art. 8 Abs. 2 LVerfNRW in Verbindung mit §§ 34 ff. SchulG ausgestaltet. Es besteht demnach im Grundsatz eine allgemeine Schulpflicht bis zum Ende des Schuljahres, in dem das 18. Lebensjahr vollendet wird. Die Schulpflicht unterscheidet zwischen Vollzeitschulpflicht (§ 37 SchulG) in der Primarstufe und der Sekundarstufe I, die regelmäßig insgesamt 10 Jahre beträgt, sowie der Schulpflicht in der Sekundarstufe II (§ 38 SchulG), die entweder für Schülerinnen und Schüler ohne Auszubildungsverhältnis bis zum 18. Lebensjahr dauert und mit dem Ende des Schuljahres endet, in dem das 18. Lebensjahr

vollendet wird, oder bei Schülerinnen und Schüler mit Ausbildungsverhältnis erst mit Ende der Ausbildung endet, wenn die Ausbildung vor Vollendung des 21. Lebensjahres begonnen wurde. Die Schulpflicht endet vor Vollendung des 18. Lebensjahres mit dem erfolgreichen Abschluss eines vollzeitschulischen Bildungsganges der Sekundarstufe II. Die Schulpflicht in der Sekundarstufe II kann in der Berufsschule oder einem anderen Bildungsgang des Berufskollegs oder einer anderen Schule der Sekundarstufe II abgeleistet werden.

Eine Beurlaubung von Schülerinnen und Schüler ist nur aus wichtigen Gründen zulässig. Hierzu zählen beispielsweise persönliche Anlässe (z. B. Hochzeit, Geburt oder Todesfall innerhalb der Familie), Teilnahme an bedeutenden kulturellen oder sportlichen Veranstaltungen sowie religiöse Feiertage. Unmittelbar vor und im Anschluss an die Ferien darf eine Schülerin oder ein Schüler nur beurlaubt werden, wenn die Beurlaubung ersichtlich nicht dem Zweck dient, die Schulferien zu verlängern, preisgünstigere Urlaubstarife zu nutzen oder möglichen Verkehrsspitzen zu entgehen.

Die wichtigen Gründe sind unter Ziffer 3 des Runderlasses des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 29.05.2015 „Teilnahme am Unterricht und an sonstigen Schulveranstaltungen“ aufgeführt (siehe BASS 12-52 Nr. 1).

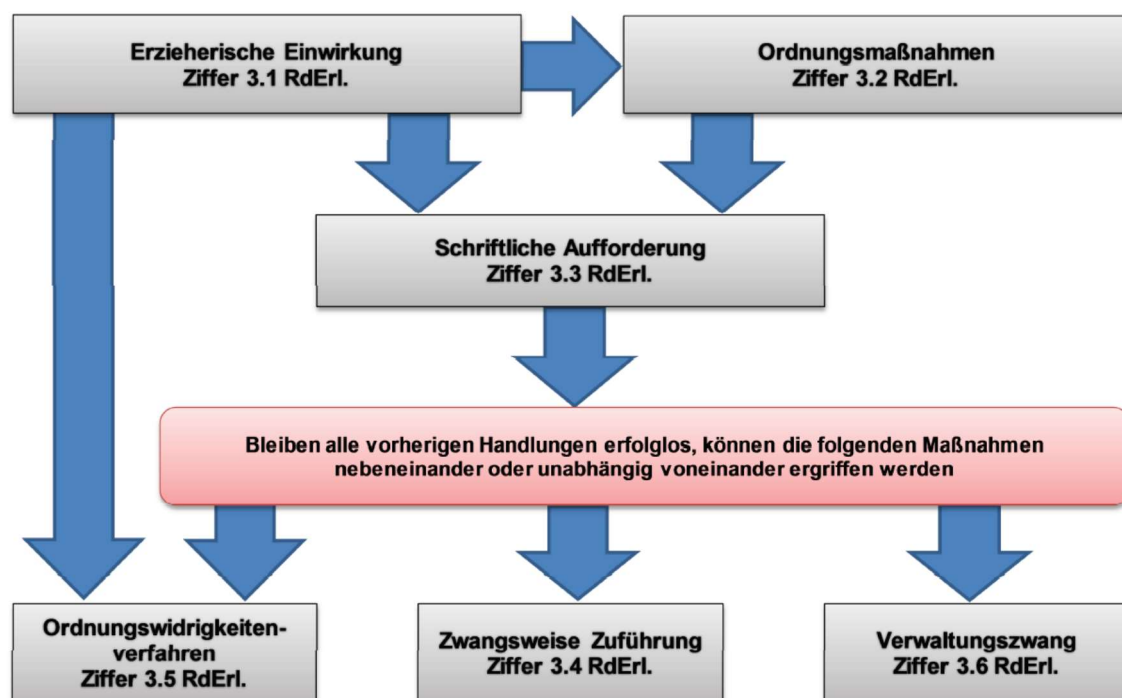
2.2 Überwachung der Schulpflicht

Gemäß § 41 Abs. 1 Satz 2 SchulG sind Eltern dafür verantwortlich, dass ihr schulpflichtiges Kind am Unterricht und an den sonstigen verbindlichen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilnimmt. Bei Schülerinnen und Schüler im Bildungsgang der Berufsschule obliegt gemäß § 41 Abs. 2 SchulG die Verantwortung für die regelmäßige Teilnahme auch der oder dem Auszubildenden oder der Arbeitgeberin oder dem Arbeitgeber (Mitverantwortliche für die Berufserziehung). Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiterinnen und Schulleiter sind gemäß § 41 Abs. 3 SchulG verpflichtet, Schulpflichtige, die ihre Schulpflicht nicht erfüllen, zum regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten und auf die Eltern sowie auf die für die Berufserziehung Mitverantwortlichen einzuwirken.

3. Schulinterne Maßnahmen

Zunächst soll mit mildereren Sanktionen versucht werden, Fälle von Schulverweigerung auf pädagogische Art und Weise zu lösen. Sie dienen gleichsam zur Prävention und haben das Ziel, bereits in einem frühen Stadium eine Verhaltensänderung herbeizuführen.

Die folgende Abbildung gibt einen ersten Überblick über die bei Verletzung der Schulpflicht nach dem Schulpflichterlass zur Verfügung stehenden Sanktionsmaßnahmen:



Quelle: Bericht des Landesrechnungshofes vom 15.11.2019
Prüfung des Verfahrens der Verfolgung von Schulpflichtverletzungen

3.1 Erzieherische Einwirkung

Ziffer 3.1 des o. g. Schulpflichterlasses sieht vor, dass die Schule im ersten Schritt versucht, durch eine umfassende Beratung den Sinn und Zweck der Schulpflicht verständlich zu machen. Möglichst frühzeitig soll das Jugendamt beteiligt werden, damit – falls erforderlich - geeignete Angebote der Jugendhilfe und der sozialen Dienste gemacht werden können.

In § 53 Abs. 2 SchulG werden die erzieherischen Einwirkungsmöglichkeiten – allerdings nicht abschließend - aufgezählt, die auch im Hinblick auf Schulpflichtverletzungen in Frage kommen können:

- Erzieherisches Einzelgespräch oder Ermahnung, evtl. mit Einbeziehung der Eltern,
- Mündliche oder schriftliche Missbilligung des Fehlverhaltens (ausdrückliche Rüge, schwerwiegender als Ermahnung),
- Nacharbeit des schuldhaft versäumten Unterrichtsstoffes unter Aufsicht.

Erzieherische Einwirkungen können von jeder Lehrkraft in eigener Verantwortung vorgenommen werden und erfordern kein förmliches Verfahren. Im Ermessen der Lehrerin oder des Lehrers sind für den Einzelfall die Gebote der Geeignetheit, der Erforderlichkeit und der Verhältnismäßigkeit unter Berücksichtigung von Alter und Persönlichkeit der Schülerin oder des Schülers zu prüfen.

3.1.1 Zusammenarbeit mit dem Jugendamt

Gemeinsam mit dem Jugendamt wurde für die weiterführenden Schulen ein Dokumentationsbogen Schulabsentismus entwickelt.

Der Dokumentationsbogen beinhaltet abgesehen von den Kontaktdaten des Schülers/der Schülerin und deren Eltern auch sämtliche Informationen über bereits unternommene Schritte seitens der Schule wie z.B. Gespräche mit den Schülern und Eltern, Hausbesuche, evtl. erfolgte Maßnahmen nach dem Schulgesetz, etc.

Eine einheitliche, klar strukturierte Dokumentation der Fehlzeiten und bereits erfolgten Maßnahmen schafft allen Beteiligten die Möglichkeit, die Situation schnell zu erfassen und die nächsten Schritte zeitnah zu veranlassen.

Den Dokumentationsbogen finden Sie in tIPS (Intranet der Stadt Köln) unter folgendem Link:

http://intranet.verwaltung.stadtkoeln.de/intranet/themen/schulen/schulaufsicht/schulangelegenheiten/00914/index.html#sprungmarke_0_38

3.2 Ordnungsmaßnahmen

Bleibt die erzieherische Einwirkung erfolglos, kommt die Anwendung einer in § 53 Abs. 3 SchulG genannten Ordnungsmaßnahme in Betracht (Ziffer 3.2 des Schulpflichterlasses).

Sie können grundsätzlich nur von der Schulleitung bzw. einer zuständigen Teilkonferenz unter Einhaltung eines förmlichen Verfahrens ausgesprochen und durchgesetzt werden. Ordnungsmaßnahmen, die in Fällen von Schulpflichtverweigerung herangezogen werden können, sind u. a.

- der schriftliche Verweis,
- die Überweisung in eine parallele Klasse oder Lerngruppe,
- die Androhung der Entlassung von der Schule und
- die Entlassung von der Schule.

Ordnungsmaßnahmen sind Verwaltungsakte, die in diesen Fällen den Eltern schriftlich bekannt gegeben und begründet werden müssen. Gegen sie kann mit einem Widerspruch und einer sich daran anschließenden Klage vor dem Verwaltungsgericht vorgegangen werden. Für eine Entlassung von der Schule ist die Bestätigung durch die Schulaufsichtsbehörde zwingende Voraussetzung, die dann die betroffenen Schülerinnen oder Schüler einer anderen Schule zuweisen kann.

Das Schulamt für die Stadt Köln hat den Schulen mit der Handlungshilfe zur Anwendung/ Festsetzung von erzieherischen Einwirkungen und Ordnungsmaßnahmen nach § 53 Schulgesetz (SchulG) NRW eine umfangreiche Hilfestellung an die Hand gegeben.

3.3 Schriftliche Aufforderung der Schule

Reichen die vorgenannten Maßnahmen nicht aus, um eine Verhaltensänderung herbeizuführen, sind die Eltern (bzw. die Mitverantwortlichen bei der Berufserziehung) schriftlich auf ihre Verantwortung für die Einhaltung der Schulpflicht gemäß § 41 SchulG hinzuweisen (Ziffer 3.3 des Schulpflichterlasses). Gleichzeitig wird dieses Mittel genutzt, um auf die Möglichkeit weitergehender Maßnahmen, die unter Punkt 4 - Weitergehende Maßnahmen - näher erläutert werden, hinzuweisen und diese anzudrohen.

Auch Schülerinnen und Schüler, die das 14. Lebensjahr vollendet haben sind schriftlich auf ihre Pflicht zum Schulbesuch gemäß § 34 Abs. 2 SchulG und die Möglichkeit eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens gemäß § 126 Abs. 1 SchulG hinzuweisen. Dabei kann die zwangsweise Zuführung gemäß § 41 Abs. 4 SchulG für den Fall angedroht werden, dass die oder der Schulpflichtige nicht innerhalb von drei Unterrichtstagen ihrer oder seiner Teilnahmepflicht nachkommt.

Für die Mahnung verwenden Sie bitte die in tIPS (Intranet der Stadt Köln) unter

http://intranet.verwaltung.stadtkoeln.de/intranet/themen/schulen/schulaufsicht/schulangelegenheiten/00914/index.html#sprungmarke_0_24

hinterlegten Vordruckmuster. Es handelt sich um

- Mahnschreiben Eltern
- Mahnschreiben Schülerin/Schüler

Die Schulen können die Texte in Ihren Schulkopfbogen übertragen.

Folgendes ist dabei zu beachten:

Sollen Jugendliche ab 14 Jahren ermahnt werden, erhalten daneben auch die Eltern ein Mahnschreiben. Die Vordrucke sind entsprechend formuliert.

4. Weitergehende Maßnahmen

Bleiben schulinterne Maßnahmen ohne Erfolg, sollen weitergehende Sanktionen als Konsequenz für die Missachtung der Schulpflicht zum Tragen kommen. Die nachfolgend beschriebenen Maßnahmen können dabei sowohl nebeneinander als auch unabhängig voneinander ergriffen werden.

4.1 Zwangsweise Zuführung

Nach § 41 Abs. 4 SchulG i. V. m. Ziffer 3.4 des Schulpflichterlasses können die Schulpflichtigen der Schule zwangsweise zugeführt werden. Die Schulleitung oder die Schulaufsichtsbehörde kann in diesem Fall bei der zuständigen Ordnungsbehörde die zwangsweise Zuführung (§§ 66 ff. VwVG NRW) beantragen.

Angebote der Jugendhilfe und der sozialen Dienste sollten vorab erfolglos geblieben sein. Das Jugendamt ist in Kenntnis zu setzen.

Die Zwangszuführung kann unabhängig neben anderen Ordnungsmaßnahmen erfolgen.

Die zwangsweise Zuführung von Schulpflichtigen ist nach den Bestimmungen des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land NRW (VwVG NW) zwingend an bestimmte formale Voraussetzungen gebunden. Der Ausübung des unmittelbaren Zwangs muss die Androhung des Zwangsmittels vorausgehen.

1. Androhung der zwangsweisen Zuführung mit Fristsetzung in Form der Ordnungsverfügung (Vordrucke Mahnschreiben über und unter 14 Jahre)
Gemäß § 63 VwVG muss das Zwangsmittel vorher schriftlich angedroht werden.
2. Prüfung von evtl. Einlassungen der Eltern / Schülerinnen und Schüler

Führt die Androhung innerhalb der gesetzten Frist nicht zum erwünschten Erfolg und liegen keine Einlassungen vor, die zu einer Änderung der Entscheidung führen, kann die Ordnungsbehörde unmittelbar mit der zwangsweisen Zuführung beauftragt werden.

3. Beantragung der Durchführung mit dem Vordruck "Antrag auf zwangsweise Zuführung"

Die Schule richtet das schriftliche Ersuchen auf zwangsweise Zuführung an den Ordnungsdienst beim Amt für öffentliche Ordnung, informiert im Anschreiben über das bisher veranlasste (zumindest die Androhung der zwangsweisen Zuführung in Form der Ordnungsverfügung) und fügt das Original der Ordnungsverfügung im Umschlag bei. Diese wird den Eltern / Schülern vom Ordnungsbeamten bei der Durchführung der Zwangsmaßnahme an Ort und Stelle ausgehändigt.

Vor der Zuführung wird der Ordnungsdienst sich bei der Schule ggf. telefonisch rückversichern, ob der Unterricht am Tag der Zuführung planmäßig stattfindet und der Schüler / die Schülerin nicht krankgemeldet ist.

Die zwangsweise Zuführung kann unabhängig von der Festsetzung eines Bußgeldes erfolgen. Jeder Einzelfall ist dahingehend zu prüfen, ob ein Bußgeldverfahren oder eine zwangsweise Schulzuführung oder beides nebeneinander anzuwenden ist, um den Schulpflichtigen zum regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten.

Die o. g. Vordrucke finden Sie in tIPS (Intranet der Stadt Köln) unter folgendem Link:

http://intranet.verwaltung.stadtkoeln.de/intranet/themen/schulen/schulaufsicht/schulangelegenheiten/00914/index.html#sprungmarke_0_21

Der Ablauf einer Zwangszuführung im Rahmen der Schulpflichtüberwachung ist in der **Anlage 4** schematisch dargestellt.

4.2 Ordnungswidrigkeitenverfahren

Neben anderen Maßnahmen - aber auch unabhängig davon - kann die Schulpflichtverletzung mit einem Bußgeld geahndet werden (§ 126 Abs. 2 Satz 1 SchulG). Dabei handelt ordnungswidrig, wer fahrlässig oder vorsätzlich als Eltern, Auszubildende oder Auszubildender, Arbeitgeberin oder Arbeitgeber nicht dafür Sorge trägt, dass die oder der Schulpflichtige am Unterricht und an den sonstigen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilnimmt bzw. wer als Schülerin oder Schüler nach Vollendung des 14. Lebensjahres die Schulpflicht nicht erfüllt.

Nach der Entlassung der oder des Schulpflichtigen aus der Schule ist die Verfolgung der Ordnungswidrigkeit gemäß § 126 Abs. 1 Nr. 5 SchulG gegen die Schülerin oder den Schüler durch die bisherige Schule unzulässig (§ 126 Abs. 2 Satz 2 SchulG). Schülerinnen und Schüler die nach dem Verlassen der SEK I Schule noch keinen Abschluss erlangt haben, sind Berufsschulpflichtig und daher der Bezirksregierung Köln zu melden. Diese setzt dann die Schulpflichtüberwachung fort.

Die Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeiten obliegt den zuständigen Schulaufsichtsbehörden (§ 35 OWiG i. V. m. § 126 Abs. 3 SchulG). Demnach liegt die Zuständigkeit im Bereich der Grund-, Haupt- und Förderschulen bei dem Schulamt, für die übrigen Schulformen sowie für die Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Hören und Kommunikation, Sehen sowie den Schulen für Kranke bei der Bezirksregierung.

Im Wege eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens kann gemäß § 126 SchulG gegen Eltern, Auszubildende, Arbeitgeber und Schülerinnen und Schüler nach Vollendung des 14. Lebensjahres jeweils eine Geldbuße in Höhe von bis zu 1.000 € verhängt werden. Die Verfolgung der Ordnungswidrigkeiten verjährt nach § 31 Abs. 2 Nr. 4 OWiG in sechs Monaten.

4.2.1 Anhörung

Vor dem Erlass eines Bußgeldbescheides muss den Betroffenen die Gelegenheit zur Anhörung nach § 55 OWiG gegeben werden. Diese Anhörung im Rahmen des Ordnungswidrigkeitenverfahrens wurde seitens des Schulamtes für die Stadt Köln auf die Schulen delegiert (Ziffer 3.5.1 Satz 4 des Schulpflichterlasses).

Die Anhörung erfolgt somit durch die Schule. Hierdurch wird gegenüber den Eltern und Schülern die Bedeutung der Schulen im Hinblick auf die Bewertung des Fehlverhaltens und die Durchsetzung der Sanktionen nochmals deutlich gemacht.

Für die Anhörung stehen in tIPS (Intranet der Stadt Köln) Vordruckmuster unter folgendem Link zur Verfügung:

http://intranet.verwaltung.stadtkoeln.de/intranet/themen/schulen/schulaufsicht/schulangelegenheiten/00914/index.html#sprungmarke_0_31

Es handelt sich um die Vordrucke:

- Anhörungsschreiben Eltern
- Anhörungsschreiben Schülerin/Schüler
- Anhörungsbogen Eltern
- Anhörungsbogen Schülerin/Schüler

Vollzeitschulpflichtige Schülerinnen und Schüler, die nach Vollendung des 14. Lebensjahres die Schulpflicht nicht erfüllen, werden selbst (§ 126 Abs. 1 Nr. 5 SchulG NRW) sowie deren Eltern angehört. Es sind also wie beim Mahnschreiben zwei Schreiben mit Anhörungsbogen zu verschicken.

Im Rahmen der Versäumnisanzeige muss dann später angegeben werden, gegen wen das Bußgeldverfahren einzuleiten ist.

Hinweise:

Für Fehltage im Zusammenhang mit den Ferien wird in der Regel darauf abgestellt, dass die Eltern für die privaten Lebensumstände - also auch die Urlaubsplanung - verantwortlich sind und daher auch für die Schulpflichtverletzung zur Verantwortung gezogen werden.

Bei der Anhörung ist der zeitliche Verlauf der unentschuldigten Fehltage genau anzugeben.

Lediglich die Benennung eines groben Zeitraumes (z.B. 01. - 30.06. oder 315 Unterrichtsstunden) ist nicht zulässig, da der Vorwurf sonst nicht hinreichend bestimmt wäre. Die Angabe von – bis darf nur erfolgen, soweit tatsächlich alle dazwischen liegenden Tage ununterbrochen gefehlt wurde.

Fehltage, die mehr als sechs Monate zurück liegen, können nicht berücksichtigt werden (§§ 31 ff. OWiG). Für die Anhörung ist dem/der Betroffenen eine angemessene Frist (14 Tage) einzuräumen.

4.2.2 Versäumnisanzeige

Erst nach Abschluss des Anhörungsverfahrens unter Wahrung der Fristen kann die Versäumnisanzeige an das Schulamts gestellt werden. Es wird empfohlen, nach Durchführung der schulischen Maßnahmen die Versäumnisanzeige spätestens drei Monate nach dem ersten aufgeführten Schulversäumnis zu übersenden.

Nach der Entlassung der oder des Schulpflichtigen aus der Schule ist eine Verfolgung der Ordnungswidrigkeit unzulässig (vgl. § 126 Abs. 2 Satz 2 SchulG NRW und siehe Ausführungen unter Ziffer 4.2).

Für die Versäumnisanzeige ist ausschließlich der Vordruck "Versäumnisanzeige" zu verwenden. Download des Vordrucks unter

Schulamts für die Stadt Köln

http://intranet.verwaltung.stadtkoeln.de/intranet/themen/schulen/schulaufsicht/schulangelegenheiten/00914/index.html#sprungmarke_0_37.

Es handelt sich um ein geschütztes Formular und kann am PC ausgefüllt werden durch Anklicken der Felder. Alte Vordrucke können nicht anerkannt werden, da darin wichtige Informationen fehlen.

Die Anzeige ist am PC vollständig auszufüllen und von der Schulleitung zu unterschreiben.

Es sind nur unentschuldigte Fehltage aufzuführen. Die Fehlzeiten sind genau zu benennen und müssen mit den Angaben im Anhörungsverfahren identisch sein. Etwaige Fehltage zwischen Anhörung und Versäumnisanzeige können nur in einem neuen Verfahren geahndet werden!

Liegen Atteste bzw. Entschuldigungen für Fehltage vor und werden diese von der Schule nicht anerkannt, ist hierfür eine Begründung in der Versäumnisanzeige aufzunehmen.

Der Versäumnisanzeige sind beizufügen:

- eine Kopie des Anhörungsschreibens bzw. der Anhörungsschreiben, soweit Schülerinnen/Schüler ab 14 Jahren angehört wurden
- der Anhörungsbogen/die Anhörungsbögen im Original
- eine Stellungnahme der Schule, warum einer ggf. erfolgten Einlassung (auf dem Anhörungsbogen) der/des Betroffenen nicht gefolgt werden kann.

Die Ahndung einer Schulpflichtverletzung gem. § 126 SchulG erfolgt in Verbindung mit dem Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG). Daher ist es unerlässlich, dass der auf eine Versäumnisanzeige erlassene Bußgeldbescheid den Vorgaben des OWiG entspricht und somit Bestand in einem Gerichtsverfahren hat. Verfahrensfehler (z.B. nicht erfolgte Anhörung der Betroffenen, abweichende Fehlzeiten zwischen Anhörung und Versäumnisanzeige, etc.) führen dazu, dass ein Bußgeldverfahren alleine aufgrund eines Mangels kostenpflichtig (Anwaltsgebühren etc.) zu Lasten des Schulamtes eingestellt werden muss.

Um die Schulleitungen bei der Bearbeitung zu unterstützen und um die formalen Vorgaben einzuhalten, wurde seitens des Schulamtes als Hilfe eine Checkliste erstellt (siehe **Anlage 5**). Bitte füllen Sie diese zur eigenen Kontrolle aus und fügen Sie die Checkliste dem Verwaltungsvorgang bei.

Anhand der vollständig vorgelegten Unterlagen entscheidet das Schulamt gemäß § 47 Abs. 1 OWiG, ob die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens wegen einer Schulpflichtverletzung dazu geeignet ist, einen regelmäßigen Schulbesuch zu fördern und ob der Einsatz der dazu erforderlichen Mittel in einem angemessenen Verhältnis zu den Erfolgsaussichten steht. Das Schulamt entscheidet auch - im Falle von Einsprüchen gegen die Bußgeldbescheide - über Verfahrenseinstellungen.

Schulamt für die Stadt Köln

Die Geldbußen, die vom Schulamt als untere Schulaufsichtsbehörde festgesetzt werden, werden gemäß § 126 Abs. 4 SchulG von der Stadt Köln vereinnahmt.

4.2.3 Schematische Darstellung des Ordnungswidrigkeitenverfahrens

Der **Ablauf** des Ordnungswidrigkeitenverfahrens im Rahmen der Schulpflichtüberwachung ist in der **Anlage 6** schematisch dargestellt.

4.3 Verwaltungszwang

Neben den genannten weitergehenden Maßnahmen bei Schulpflichtverletzungen, oder auch unabhängig davon, kann Verwaltungszwang nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz verhängt werden (Ziffer 3.6 des Schulpflichterlasses). Voraussetzung hierfür ist ein bestandskräftiger oder sofort vollziehbarer Verwaltungsakt in Form einer Aufforderung der zuständigen Schulaufsichtsbehörde an die Erziehungsberechtigten, für die schulischen Pflichten des Kindes zu sorgen. Mit dieser Aufforderung wird gleichzeitig ein Zwangsgeld als Zwangsmittel zur Durchsetzung gemäß § 63 VwVG NRW angedroht. Nach Fristablauf kann dann ein Zwangsgeld nach § 60 VwVG NRW festgesetzt und bei Bedarf im Verwaltungszwangsverfahren begetrieben werden.

5. Dokumentation und Auswertung von Fehlzeiten durch die Schule

Die Verpflichtung zur Dokumentation und Auswertung von Fehlzeiten ergibt sich zum einen aus § 4 der Verordnung über die zur Verarbeitung zugelassenen Daten von Schülerinnen, Schülern und Eltern (VO-DV I), wonach die Schule für die Schülerinnen und Schüler ein Schülerstammdatenblatt zu führen hat. In dieses Stammdatenblatt sind u. a. Art und Umfang von Fehlzeiten im Unterricht sowie Angaben zu Schulversäumnissen und Benachrichtigungen zur Schulpflichtüberwachung aufzunehmen.

5.1 Schülerstammdatenblatt

Für die Anlage des Schülerstammdatenblattes ist die Schulleiterin oder der Schulleiter verantwortlich. Die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer bzw. die Jahrgangsstufenleitung sorgt für die Aktualität des Schülerstammdatenblattes und erledigt die damit zusammenhängenden Aufgaben.

5.2 Klassenbuch / Kursbuch

Gemäß § 4 Abs. 5 VO-DV I führt die Schule neben dem Schülerstammdatenblatt in Papierausfertigung die in der Anlage 2 zur VO-DV I aufgeführten Daten und Akten (sonstiger Datenbestand). Zum sonstigen Datenbestand zählen u. a. Klassenbücher und Kurshefte als obligatorische Dokumentationen. Diese

Dokumentationen haben u. a. Vermerke über Schulversäumnisse, Verspätungen und besondere (z. B. im Hinblick auf Maßnahmen gemäß § 53 SchulG relevante) Vorkommnisse im Unterricht zu enthalten.

5.3 Überwachung der Schulpflicht durch die Schule

5.3.1 Aufgaben der Schulleitung

Der **Schulleiterin oder dem Schulleiter** obliegt grundsätzlich gemäß § 20 Abs. 6 Allgemeine Dienstordnung für Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiterinnen und Schulleiter an öffentlichen Schulen (ADO) die Pflicht, die Erfüllung der Schulpflicht (§ 41 Absatz 3 SchulG) zu überwachen.

5.3.2 Aufgaben der Lehrkräfte

Zu den Aufgaben der **Lehrerinnen und Lehrer** gehören gemäß § 10 Abs. 1 ADO auch die üblichen mit Unterricht und Erziehung zusammenhängenden Arbeiten. Sie überwachen demnach auch die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler am Unterricht und führen Unterrichtsnachweise in Form von Klassenbüchern bzw. Kursheften. Die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer hat gemäß § 18 Abs. 4 ADO dafür zu sorgen, dass die die Klasse betreffenden Unterlagen ordnungsgemäß erstellt und geführt werden, insbesondere das Klassenbuch, die Zeugnisse, die Abwesenheitsliste und die Entschuldigungen. Schulversäumnisse werden in die Zeugnisse aufgenommen.

5.3.3 Erfassung, Auswertung und Dokumentation der Fehlzeiten

Die Dokumentation der Fehlzeiten ist eine maßgebliche Voraussetzung, um der Pflicht zur Überwachung der Schulpflicht in gebotenem Umfang nachzukommen. Sie dient insofern auch als Grundlage für schulische Reaktionsmöglichkeiten auf Schulpflichtverletzungen.

Hierdurch ist eine frühzeitige Intervention möglich. Für eine effektive und zeitnahe Information der zuständigen Klassenleitung sowie der Schulleitung ist es unerlässlich, dass alle Lehrkräfte Unterrichtsversäumnisse unverzüglich in einer Weise erfassen, die allen Beteiligten zugänglich ist. In der Regel reicht eine gewissenhafte Dokumentation im Klassenbuch aus. Entscheidend ist, dass durch verlässlich geführte Wochen- bzw. Monatsübersichten ein kontinuierlicher Überblick über die Unterrichtsversäumnisse gewährleistet ist, um kritische Fehlzeiten zeitnah zu bemerken und zielgerichtet reagieren zu können.

Um die ordnungsgemäße Erfassung, Auswertung und Dokumentation der Fehlzeiten sicherzustellen, muss jede Schule ein speziell auf die Erfassung von Schulabsentismus und die hierauf erforderlichen Reaktionen abgestimmtes **Meldewesen implementieren**. Die Erfassung der Fehlzeiten im Klassenbuch oder

Kursheft muss dabei von den Klassen- und Schulleitungen als ein aktives Instrumentarium zur Steuerung von Schulabsentismus verstanden werden.

Hinweise für die Praxis:

- Die Schule erfasst auch Fehlzeiten in Zeiten von Schulpraktika.
- Schriftliche Entschuldigungen und vorgelegte Atteste dürfen nach der Zeugniserstellung nicht vernichtet werden sondern müssen mit den Klassenbüchern und Kursheften abgelegt bzw. den Schülerakten zugeführt werden.
- Zwischen den in den Zeugnissen aufgenommenen unentschuldigten Schulversäumnissen und den in den Klassenbüchern und Abwesenheitslisten dokumentierten Absenzen dürfen keine Abweichungen bestehen.
- Schulpflichtversäumnisse die nach den Zeugniskonferenzen bis zum Schulhalbjahresende auftreten sind ebenfalls zu erfassen und auszuwerten.

6. Anlagenverzeichnis

- Anlage 1 Auszug aus dem Schulgesetz
- zu Schulpflicht §§ 34 bis 43 SchulG
- zu Erzieherischen Einwirkungen und Ordnungsmaßnahmen § 53 SchulG
- zu Ordnungswidrigkeiten § 126 SchulG
- Anlage 2 Auszug aus dem Ordnungswidrigkeitengesetz
§§ 31 ff., 47 Abs. 1 und 55 OWiG
- Anlage 3 Runderlass „Überwachung der Schulpflicht“
- Anlage 4 Ablauf Zwangszuführung
- Anlage 5 Checkliste zur Bearbeitung der Versäumnisanzeige für den Bußgeldbescheid
- Anlage 6 Ablauf des Ordnungswidrigkeitenverfahrens im Rahmen der Schulpflichtüberwachung
- Anlage 7 Hinweise für die Schulen bei der Durchführung der Bußgeldverfahren und mögliche Fehlerquellen

Anlage 1

**Auszug aus dem Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
(Schulgesetz NRW – SchulG)****Schulpflicht****§ 34
Grundsätze**

(1) Schulpflichtig ist, wer in Nordrhein-Westfalen seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder seine Ausbildungs- oder Arbeitsstätte hat.

(2) Die Schulpflicht umfasst in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I die Pflicht zum Besuch einer Vollzeitschule (Vollzeitschulpflicht) und in der Sekundarstufe II die Pflicht zum Besuch der Berufsschule oder eines anderen Bildungsgangs des Berufskollegs oder einer anderen Schule der Sekundarstufe II. Sie wird durch den Besuch einer öffentlichen Schule oder einer Ersatzschule erfüllt.

(3) Während der Dauer der Vollzeitschulpflicht können Schulpflichtige eine anerkannte Ergänzungsschule besuchen, wenn die obere Schulaufsichtsbehörde nach § 118 Abs. 2 festgestellt hat, dass an ihr zumindest das Bildungsziel der Hauptschule erreicht werden kann.

(4) Während der Dauer der Schulpflicht in der Sekundarstufe II können Schulpflichtige, die sich nicht in einem Berufsausbildungsverhältnis befinden, eine Ergänzungsschule besuchen, wenn die obere Schulaufsichtsbehörde festgestellt hat, dass an ihr

a) das Bildungsziel der Berufsschule erreicht werden kann oder

b) allgemein bildender oder berufsbildender Vollzeitunterricht erteilt wird, der den Besuch der Ergänzungsschule anstelle der Berufsschule vertretbar macht.

(5) Die Schulpflicht ist grundsätzlich durch den Besuch einer deutschen Schule zu erfüllen. Der Besuch einer anderen Schule ist bei Vorliegen eines wichtigen Grundes möglich, insbesondere dann, wenn die Schülerin oder der Schüler

a) sich nur vorübergehend in Deutschland aufhält oder

b) eine ausländische oder internationale Ergänzungsschule besucht, deren Eignung zur Erfüllung der Schulpflicht das Ministerium nach § 118 Abs. 3 festgestellt hat.

Über Ausnahmen gemäß Satz 2 Buchstabe a) entscheidet die Schulaufsichtsbehörde. In den Fällen des Satzes 2 Buchstabe b) ist der Schulbesuch der Schulaufsichtsbehörde durch den Schulträger anzuzeigen. Völkerrechtliche Abkommen und zwischenstaatliche Vereinbarungen bleiben unberührt.

(6) Die Schulpflicht besteht für Kinder von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und alleinstehende Kinder und Jugendliche, die einen Asylantrag gestellt haben, sobald sie einer Gemeinde zugewiesen sind und solange ihr Aufenthalt gestattet ist. Für ausreisepflichtige ausländische Kinder und Jugendliche besteht die Schulpflicht bis zur Erfüllung ihrer Ausreisepflicht. Im Übrigen unterliegen Kinder von Ausländerinnen und Ausländern der Schulpflicht, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen.

§ 37**Schulpflicht in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I**

(1) Die Schulpflicht in der Primarstufe und der Sekundarstufe I (Vollzeitschulpflicht) dauert zehn Schuljahre, am Gymnasium mit achttjährigem Bildungsgang neun Schuljahre (§ 10 Abs. 3). Sie wird durch den Besuch der Grundschule und einer weiterführenden allgemein bildenden Schule erfüllt. Sie endet vorher, wenn die Schülerin oder der Schüler einen der nach dem zehnten Vollzeitschuljahr vorgesehen Abschlüsse in weniger als zehn Schuljahren erreicht hat. Durchläuft eine Schülerin oder ein Schüler die Schuleingangsphase in drei Jahren (§ 11 Abs. 2 Satz 4), wird das dritte Jahr nicht auf die Dauer der Schulpflicht angerechnet.

(2) Schulpflichtige mit zehnjähriger Vollzeitschulpflicht, die am Ende des neunten Vollzeitschuljahres in ein Berufsausbildungsverhältnis eintreten, erfüllen die Vollzeitschulpflicht im zehnten Jahr durch den Besuch der Fachklasse der Berufsschule (§ 22 Abs. 4 Nr. 1), im Falle des Abbruchs der Berufsausbildung durch den Besuch eines vollzeitschulischen Bildungsganges der Berufsschule (§ 22 Abs. 4 Nr. 2 und 3). Die Schulaufsichtsbehörde kann in Ausnahmefällen zulassen, dass Schulpflichtige im zehnten Jahr der Schulpflicht einen Unterricht in einer schulischen oder außerschulischen Einrichtung besuchen, in der sie durch besondere Fördermaßnahmen die Allgemeinbildung erweitern können und auf die Aufnahme einer Berufsausbildung vorbereitet werden.

(3) Die Schulpflicht nach Absatz 1 der Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an zieldifferenter sonderpädagogischer Unterstützung dauert unabhängig vom Ort der sonderpädagogischen Förderung zehn Schuljahre. Bei zielgleicher Förderung in Förderschulen gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

(4) Kinder und Jugendliche mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung können, wenn das Bildungsziel in anderer Weise nicht erreicht werden kann und Hilfen nach dem Achten Buch des Sozialgesetzbuches erforderlich sind, auf Vorschlag des Jugendamtes und mit Zustimmung der Eltern durch die Schulaufsichtsbehörde auch in Einrichtungen der Jugendhilfe untergebracht werden, um dort ihre Schulpflicht zu erfüllen.

§ 40

Ruhen der Schulpflicht

(2) Für Kinder und Jugendliche, die selbst nach Ausschöpfen aller Möglichkeiten sonderpädagogischer Förderung nicht gefördert werden können, ruht die Schulpflicht. Die Entscheidung trifft die Schulaufsichtsbehörde; sie holt dazu ein Gutachten der unteren Gesundheitsbehörde ein und hört die Eltern an.

(3) Das Ruhen der Schulpflicht wird auf die Dauer der Schulpflicht angerechnet.

§ 41

Verantwortung für die Einhaltung der Schulpflicht

(1) Die Eltern melden ihr schulpflichtiges Kind bei der Schule an und ab. Sie sind dafür verantwortlich, dass es am Unterricht und an den sonstigen verbindlichen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilnimmt, und stellen es angemessen aus.

(2) Bei Schülerinnen und Schülern im Bildungsgang der Berufsschule obliegt die Verantwortung für die regelmäßige Teilnahme auch der oder dem Auszubildenden oder der Arbeitgeberin oder dem Arbeitgeber (Mitverantwortliche für die Berufserziehung); sie zeigen der Berufsschule den Beginn und die Beendigung des Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses an.

(3) Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiterinnen und Schulleiter sind verpflichtet, Schulpflichtige, die ihre Schulpflicht nicht erfüllen, zum regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten und auf die Eltern sowie auf die für die Berufserziehung Mitverantwortlichen einzuwirken.

(4) Bleibt die pädagogische Einwirkung erfolglos, können die Schulpflichtigen auf Ersuchen der Schule oder der Schulaufsichtsbehörde von der für den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt zuständigen Ordnungsbehörde der Schule zwangsweise gemäß §§ 66 bis 75 Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW zugeführt werden. Das Jugendamt ist über die beabsichtigte Maßnahme zu unterrichten. § 126 bleibt unberührt.

(5) Die Eltern können von der Schulaufsichtsbehörde durch Zwangsmittel gemäß §§ 55 bis 65 Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW zur Erfüllung ihrer Pflichten gemäß Absatz 1 angehalten werden.

§ 42

Allgemeine Rechte und Pflichten aus dem Schulverhältnis

(1) Die Aufnahme der Schülerin oder des Schülers in eine öffentliche Schule begründet ein öffentlich-rechtliches Schulverhältnis. Aus ihm ergeben sich für alle Beteiligten Rechte und Pflichten. Dies erfordert ihre vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(2) Schülerinnen und Schüler haben das Recht, im Rahmen dieses Gesetzes an der Gestaltung der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule mitzuwirken und ihre Interessen wahrzunehmen. Sie sind ihrem Alter entsprechend über die Unterrichtsplanung zu informieren und an der Gestaltung des Unterrichts und sonstiger schulischer Veranstaltungen zu beteiligen.

(3) Schülerinnen und Schüler haben die Pflicht daran mitzuarbeiten, dass die Aufgabe der Schule erfüllt und das Bildungsziel erreicht werden kann. Sie sind insbesondere verpflichtet, sich auf den Unterricht vorzubereiten, sich aktiv daran zu beteiligen, die erforderlichen Arbeiten anzufertigen und die Hausaufgaben zu erledigen. Sie haben die Schulordnung einzuhalten und die Anordnungen der Lehrerinnen und Lehrer, der Schulleitung und anderer dazu befugter Personen zu befolgen.

(4) Eltern wirken im Rahmen dieses Gesetzes an der Gestaltung der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule mit. Sie sorgen dafür, dass ihr Kind seine schulischen Pflichten erfüllt. Eltern sollen sich aktiv am Schulleben, in den Mitwirkungsgremien und an der schulischen Erziehung ihres Kindes beteiligen. Zu diesem Zweck haben Eltern, die Kommunikationsunterstützung benötigen, die Rechte aus § 8 Absatz 1 des Behindertengleichstellungsgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 16. Dezember 2003 ([GV. NRW. S. 766](#)) in der

jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit der Kommunikationsunterstützungsverordnung Nordrhein-Westfalen vom 15. Juni 2004 ([GV. NRW. S. 336](#)) in der jeweils geltenden Fassung.

(5) In Bildungs- und Erziehungsvereinbarungen sollen sich die Schule, Schülerinnen und Schüler und Eltern auf gemeinsame Erziehungsziele und -grundsätze verständigen und wechselseitige Rechte und Pflichten in Erziehungsfragen festlegen.

(6) Die Sorge für das Wohl der Schülerinnen und Schüler erfordert es, jedem Anschein von Vernachlässigung oder Misshandlung nachzugehen. Die Schule entscheidet rechtzeitig über die Einbeziehung des Jugendamtes oder anderer Stellen.

(7) Außerunterrichtliche Veranstaltungen der Schule, die kein Unterricht in anderer Form sind, sind grundsätzlich so zu organisieren, dass kein Unterricht ausfällt. Nachprüfungen finden vor Unterrichtsbeginn des neuen Schuljahres statt.

(8) Die Schulkonferenz kann eine einheitliche Schulkleidung empfehlen, sofern alle in der Schulkonferenz vertretenen Schülerinnen und Schüler zustimmen.

§ 43

Teilnahme am Unterricht und an sonstigen Schulveranstaltungen

(1) Schülerinnen und Schüler sind verpflichtet, regelmäßig am Unterricht und an den sonstigen verbindlichen Schulveranstaltungen teilzunehmen. Die Meldung zur Teilnahme an einer freiwilligen Unterrichtsveranstaltung verpflichtet zur regelmäßigen Teilnahme mindestens für ein Schulhalbjahr.

(2) Ist eine Schülerin oder ein Schüler durch Krankheit oder aus anderen nicht vorhersehbaren Gründen verhindert, die Schule zu besuchen, so benachrichtigen die Eltern unverzüglich die Schule und teilen schriftlich den Grund für das Schulversäumnis mit. Bei begründeten Zweifeln, ob Unterricht aus gesundheitlichen Gründen versäumt wird, kann die Schule von den Eltern ein ärztliches Attest verlangen und in besonderen Fällen ein schulärztliches oder amtsärztliches Gutachten einholen.

(3) Für nicht schulpflichtige Schülerinnen gelten die Schutzfristen vor und nach der Geburt eines Kindes entsprechend den Regelungen des Mutterschutzgesetzes.

(4) Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann Schülerinnen und Schüler auf Antrag der Eltern aus wichtigem Grund bis zur Dauer eines Schuljahres vom Unterricht beurlauben oder von der Teilnahme an einzelnen Unterrichts- oder Schulveranstaltungen befreien. Längerfristige Beurlaubungen und Befreiungen bedürfen der Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde. Dauerhafte Beurlaubungen und Befreiungen von schulpflichtigen Schülerinnen und Schülern zur Förderung wissenschaftlicher, sportlicher oder künstlerischer Hochbegabungen setzen voraus, dass für andere geeignete Bildungsmaßnahmen gesorgt wird.

(5) Alle Schülerinnen und Schüler sind während schulischer Veranstaltungen sowie auf den Wegen von und zu diesen im Rahmen der gesetzlichen Unfallversicherung nach dem SGB VII gegen Unfall versichert.

Erzieherische Einwirkungen und Ordnungsmaßnahmen

§ 53

Erzieherische Einwirkungen, Ordnungsmaßnahmen

(1) Erzieherische Einwirkungen und Ordnungsmaßnahmen dienen der geordneten Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule sowie dem Schutz von Personen und Sachen. Sie können angewendet werden, wenn eine Schülerin oder ein Schüler Pflichten verletzt. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist zu beachten. Ordnungsmaßnahmen sind nur zulässig, wenn erzieherische Einwirkungen nicht ausreichen. Einwirkungen gegen mehrere Schülerinnen und Schüler sind nur zulässig, wenn das Fehlverhalten jeder oder jedem Einzelnen zuzurechnen ist.

(2) Zu den erzieherischen Einwirkungen gehören insbesondere das erzieherische Gespräch, die Ermahnung, Gruppengespräche mit Schülerinnen, Schülern und Eltern, die mündliche oder schriftliche Missbilligung des Fehlverhaltens, der Ausschluss von der laufenden Unterrichtsstunde, die Nacharbeit unter Aufsicht nach vorheriger Benachrichtigung der Eltern, die zeitweise Wegnahme von Gegenständen, Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedergutmachung angerichteten Schadens und die Beauftragung mit Aufgaben, die geeignet sind, das Fehlverhalten zu verdeutlichen. Bei wiederholtem Fehlverhalten soll eine schriftliche Information der Eltern erfolgen, damit die erzieherische Einwirkung der Schule vom Elternhaus unterstützt werden kann. Bei besonders häufigem Fehlverhalten einer Schülerin oder eines Schülers oder gemeinschaftlichem Fehlverhalten der Klasse oder Lerngruppe soll den Ursachen für das Fehlverhalten in besonderer Weise nachgegangen werden.

(3) Ordnungsmaßnahmen sind

1. der schriftliche Verweis,
2. die Überweisung in eine parallele Klasse oder Lerngruppe,
3. der vorübergehende Ausschluss vom Unterricht von einem Tag bis zu zwei Wochen und von sonstigen Schulveranstaltungen,
4. die Androhung der Entlassung von der Schule,
5. die Entlassung von der Schule,
6. die Androhung der Verweisung von allen öffentlichen Schulen des Landes durch die obere Schulaufsichtsbehörde,
7. die Verweisung von allen öffentlichen Schulen des Landes durch die obere Schulaufsichtsbehörde.

Rechtsbehelfe (Widerspruch und Anfechtungsklage) gegen Ordnungsmaßnahmen nach Satz 1 Nr. 2 und 3 haben keine aufschiebende Wirkung. § 80 Abs. 4, 5, 7 und 8 der Verwaltungsgerichtsordnung bleibt unberührt.

(4) Maßnahmen nach Absatz 3 Nr. 4 und 5 sind nur zulässig, wenn die Schülerin oder der Schüler durch schweres oder wiederholtes Fehlverhalten die Erfüllung der Aufgaben der Schule oder die Rechte anderer ernstlich gefährdet oder verletzt hat. Bei Schulpflichtigen bedarf die Entlassung von der Schule der Bestätigung durch die Schulaufsichtsbehörde, die die Schülerin oder den Schüler einer anderen Schule zuweisen kann. Die Entlassung einer Schülerin oder eines Schülers, die oder der nicht mehr schulpflichtig ist, kann ohne vorherige Androhung erfolgen, wenn die Schülerin oder der Schüler innerhalb eines Zeitraumes von 30 Tagen insgesamt 20 Unterrichtsstunden unentschuldig versäumt hat.

(5) Maßnahmen nach Absatz 3 Nr. 6 und 7 sind nur zulässig, wenn die Anwesenheit der Schülerin oder des Schülers aus Gründen der Sicherheit nicht verantwortet werden kann. Diese Entscheidung bedarf der Bestätigung durch das Ministerium. Soweit die Schülerin oder der Schüler die Schulpflicht noch nicht erfüllt hat, ist für geeignete Bildungsmaßnahmen zu sorgen.

(6) Über Ordnungsmaßnahmen nach Absatz 3 Nr. 1 bis 3 entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter nach Anhörung der Schülerin oder des Schülers. Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann sich von der Teilkonferenz gemäß Absatz 7 beraten lassen oder ihr die Entscheidungsbefugnis übertragen. Den Eltern und der Klassenlehrerin oder dem Klassenlehrer oder der Jahrgangsstufenleiterin oder dem Jahrgangsstufenleiter ist vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. In dringenden Fällen kann auf vorherige Anhörungen verzichtet werden; sie sind dann nachzuholen.

(7) Über Ordnungsmaßnahmen nach Absatz 3 Nr. 4 und 5 entscheidet eine von der Lehrerkonferenz berufene Teilkonferenz. Der Teilkonferenz gehören ein Mitglied der Schulleitung, die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer oder die Jahrgangsstufenleiterin oder der Jahrgangsstufenleiter und drei weitere, für die Dauer eines Schuljahres zu wählende Lehrerinnen und Lehrer oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäß § 58 als ständige Mitglieder an. Weitere, für die Dauer eines Schuljahres zu wählende Mitglieder sind eine Vertreterin oder ein Vertreter der Schulpflegschaft und des Schülerrates. Diese nehmen an Sitzungen nicht teil, wenn die Schülerin oder der Schüler oder die Eltern der Teilnahme widersprechen.

(8) Vor der Beschlussfassung hat die Teilkonferenz der betroffenen Schülerin oder dem betroffenen Schüler und deren Eltern Gelegenheit zu geben, zu dem Vorwurf der Pflichtverletzung Stellung zu nehmen; zu der Anhörung kann die Schülerin oder der Schüler eine Person des Vertrauens aus dem Kreis der Schülerinnen und Schüler oder der Lehrerinnen und Lehrer hinzuziehen.

(9) Ordnungsmaßnahmen werden den Eltern schriftlich bekannt gegeben und begründet.

Ordnungswidrigkeiten

§ 126 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. als Eltern der Verpflichtung zur Anmeldung zum Schulbesuch nicht nachkommt (§ 41 Abs. 1 Satz 1),
2. als Eltern nicht für die Teilnahme ihres Kindes an der Feststellung des Sprachstandes sorgt (§ 36 Abs. 2 und 3),
3. als Eltern nicht dafür sorgt, dass ein zur Teilnahme an einem vorschulischen Sprachförderkurs verpflichtetes Kind regelmäßig daran teilnimmt (§ 36 Abs. 2 und 3),

4. als Eltern, als Ausbildende oder Ausbildender oder als Arbeitgeberin oder Arbeitgeber nicht dafür sorgt, dass die oder der Schulpflichtige am Unterricht und an den sonstigen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilnimmt (§ 41 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2),

5. als Schülerin oder Schüler nach Vollendung des 14. Lebensjahres die Schulpflicht in der Sekundarstufe I (§ 37) oder die Schulpflicht in der Sekundarstufe II (§ 38) nicht erfüllt,

6. als Träger einer Ergänzungsschule diese ohne die erforderliche Anzeige (§ 116 Abs. 2) errichtet oder betreibt,

7. als Träger einer Ergänzungsschule oder einer freien Unterrichtseinrichtung durch die Bezeichnung oder die Verwendung von Zeugnissen, Schulverträgen oder Werbematerialien § 116 Abs. 5 und 6 oder § 119 Abs. 1 zuwiderhandelt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden, die in den Fällen des Absatz 1 Nr. 6 und 7 bis zu 5.000 Euro beträgt. Nach der Entlassung der oder des Schulpflichtigen aus der Schule ist die Verfolgung der Ordnungswidrigkeit gemäß Absatz 1 Nr. 5 unzulässig.

(3) Für die Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeiten sind die Schulaufsichtsbehörden zuständig.

(4) Geldbußen, die durch rechtskräftige Bescheide eines Schulamtes festgesetzt sind, fließen in die Kasse des Kreises oder der kreisfreien Stadt, für die das Schulamt zuständig ist.

Anlage 2**Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (Ordnungswidrigkeitengesetz, OWiG)**

§§ 31 ff., 47 Abs. 1 und 55 (OWiG)

§ 31
Verfolgungsverjährung

(1) Durch die Verjährung werden die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und die Anordnung von Nebenfolgen ausgeschlossen. § 27 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 bleibt unberührt.

(2) Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten verjährt, wenn das Gesetz nichts anderes bestimmt,

1. in drei Jahren bei Ordnungswidrigkeiten, die mit Geldbuße im Höchstmaß von mehr als fünfzehntausend Euro bedroht sind,
2. in zwei Jahren bei Ordnungswidrigkeiten, die mit Geldbuße im Höchstmaß von mehr als zweitausendfünfhundert bis zu fünfzehntausend Euro bedroht sind,
3. in einem Jahr bei Ordnungswidrigkeiten, die mit Geldbuße im Höchstmaß von mehr als eintausend bis zu zweitausendfünfhundert Euro bedroht sind,
4. in sechs Monaten bei den übrigen Ordnungswidrigkeiten.

(3) Die Verjährung beginnt, sobald die Handlung beendet ist. Tritt ein zum Tatbestand gehörender Erfolg erst später ein, so beginnt die Verjährung mit diesem Zeitpunkt.

§ 32
Ruhen der Verfolgungsverjährung

(1) Die Verjährung ruht, solange nach dem Gesetz die Verfolgung nicht begonnen oder nicht fortgesetzt werden kann. Dies gilt nicht, wenn die Handlung nur deshalb nicht verfolgt werden kann, weil Antrag oder Ermächtigung fehlen.

(2) Ist vor Ablauf der Verjährungsfrist ein Urteil des ersten Rechtszuges oder ein Beschluß nach § 72 ergangen, so läuft die Verjährungsfrist nicht vor dem Zeitpunkt ab, in dem das Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist.

§ 33
Unterbrechung der Verfolgungsverjährung

(1) Die Verjährung wird unterbrochen durch

1. die erste Vernehmung des Betroffenen, die Bekanntgabe, dass gegen ihn das Ermittlungsverfahren eingeleitet ist, oder die Anordnung dieser Vernehmung oder Bekanntgabe,
2. jede richterliche Vernehmung des Betroffenen oder eines Zeugen oder die Anordnung dieser Vernehmung,
3. jede Beauftragung eines Sachverständigen durch die Verfolgungsbehörde oder den Richter, wenn vorher der Betroffene vernommen oder ihm die Einleitung des Ermittlungsverfahrens bekanntgegeben worden ist,
4. jede Beschlagnahme- oder Durchsuchungsanordnung der Verfolgungsbehörde oder des Richters und richterliche Entscheidungen, welche diese aufrechterhalten,
5. die vorläufige Einstellung des Verfahrens wegen Abwesenheit des Betroffenen durch die Verfolgungsbehörde oder den Richter sowie jede Anordnung der Verfolgungsbehörde oder des Richters, die nach einer solchen Einstellung des Verfahrens zur Ermittlung des Aufenthalts des Betroffenen oder zur Sicherung von Beweisen ergeht,
6. jedes Ersuchen der Verfolgungsbehörde oder des Richters, eine Untersuchungshandlung im Ausland vorzunehmen,
7. die gesetzlich bestimmte Anhörung einer anderen Behörde durch die Verfolgungsbehörde vor Abschluß der Ermittlungen,

8. die Abgabe der Sache durch die Staatsanwaltschaft an die Verwaltungsbehörde nach § 43,
9. den Erlass des Bußgeldbescheides, sofern er binnen zwei Wochen zugestellt wird, ansonsten durch die Zustellung,
10. den Eingang der Akten beim Amtsgericht gemäß § 69 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 5 Satz 2 und die Zurückverweisung der Sache an die Verwaltungsbehörde nach § 69 Abs. 5 Satz 1,
11. jede Anberaumung einer Hauptverhandlung,
12. den Hinweis auf die Möglichkeit, ohne Hauptverhandlung zu entscheiden (§ 72 Abs. 1 Satz 2),
13. die Erhebung der öffentlichen Klage,
14. die Eröffnung des Hauptverfahrens,
15. den Strafbefehl oder eine andere dem Urteil entsprechende Entscheidung.

Im selbständigen Verfahren wegen der Anordnung einer Nebenfolge oder der Festsetzung einer Geldbuße gegen eine juristische Person oder Personenvereinigung wird die Verjährung durch die dem Satz 1 entsprechenden Handlungen zur Durchführung des selbständigen Verfahrens unterbrochen.

(2) Die Verjährung ist bei einer schriftlichen Anordnung oder Entscheidung in dem Zeitpunkt unterbrochen, in dem die Anordnung oder Entscheidung unterzeichnet wird. Ist das Dokument nicht alsbald nach der Unterzeichnung in den Geschäftsgang gelangt, so ist der Zeitpunkt maßgebend, in dem es tatsächlich in den Geschäftsgang gegeben worden ist.

(3) Nach jeder Unterbrechung beginnt die Verjährung von neuem. Die Verfolgung ist jedoch spätestens verjährt, wenn seit dem in § 31 Abs. 3 bezeichneten Zeitpunkt das Doppelte der gesetzlichen Verjährungsfrist, mindestens jedoch zwei Jahre verstrichen sind. Wird jemandem in einem bei Gericht anhängigen Verfahren eine Handlung zur Last gelegt, die gleichzeitig Straftat und Ordnungswidrigkeit ist, so gilt als gesetzliche Verjährungsfrist im Sinne des Satzes 2 die Frist, die sich aus der Strafdrohung ergibt. § 32 bleibt unberührt.

(4) Die Unterbrechung wirkt nur gegenüber demjenigen, auf den sich die Handlung bezieht. Die Unterbrechung tritt in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 bis 7, 11 und 13 bis 15 auch dann ein, wenn die Handlung auf die Verfolgung der Tat als Straftat gerichtet ist.

§ 34 Vollstreckungsverjährung

(1) Eine rechtskräftig festgesetzte Geldbuße darf nach Ablauf der Verjährungsfrist nicht mehr vollstreckt werden.

(2) Die Verjährungsfrist beträgt

1. fünf Jahre bei einer Geldbuße von mehr als eintausend Euro,
2. drei Jahre bei einer Geldbuße bis zu eintausend Euro.

(3) Die Verjährung beginnt mit der Rechtskraft der Entscheidung.

(4) Die Verjährung ruht, solange

1. nach dem Gesetz die Vollstreckung nicht begonnen oder nicht fortgesetzt werden kann,
2. die Vollstreckung ausgesetzt ist oder
3. eine Zahlungserleichterung bewilligt ist.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Nebenfolgen, die zu einer Geldzahlung verpflichten. Ist eine solche Nebenfolge neben einer Geldbuße angeordnet, so verjährt die Vollstreckung der einen Rechtsfolge nicht früher als die der anderen.

§ 47**Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten**

(1) Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Verfolgungsbehörde. Solange das Verfahren bei ihr anhängig ist, kann sie es einstellen.

(2) Ist das Verfahren bei Gericht anhängig und hält dieses eine Ahndung nicht für geboten, so kann es das Verfahren mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft in jeder Lage einstellen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn durch den Bußgeldbescheid eine Geldbuße bis zu einhundert Euro verhängt worden ist und die Staatsanwaltschaft erklärt hat, sie nehme an der Hauptverhandlung nicht teil. Der Beschluss ist nicht anfechtbar.

(3) Die Einstellung des Verfahrens darf nicht von der Zahlung eines Geldbetrages an eine gemeinnützige Einrichtung oder sonstige Stelle abhängig gemacht oder damit in Zusammenhang gebracht werden.

§ 55**Anhörung des Betroffenen**

(1) § 163a Abs. 1 der Strafprozessordnung ist mit der Einschränkung anzuwenden, dass es genügt, wenn dem Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, sich zu der Beschuldigung zu äußern.

(2) Der Betroffene braucht nicht darauf hingewiesen zu werden, dass er auch schon vor seiner Vernehmung einen von ihm zu wählenden Verteidiger befragen kann. § 136 Absatz 1 Satz 3 bis 5 der Strafprozessordnung ist nicht anzuwenden.

Anlage 3**Runderlass Überwachung der Schulpflicht**

RdErl. d. Ministeriums für Schule und Weiterbildung
v. 04.02.2007 (ABl. NRW. S. 155)

1 Erfassung der Schulpflichtigen**1.1 Einschulung**

Die Gemeindeverwaltung (Schulverwaltungsamt) erfasst mit Hilfe des Einwohnermeldeamtes alle Kinder, die gemäß [§ 35 SchulG](#) (BASS 1-1) erstmals schulpflichtig werden, informiert die Eltern ([§ 123 SchulG](#)) über die Schulen der am Ort vorhandenen Schularten und weist sie auf ihre Anmeldepflicht und die Anmeldetermine hin ([§ 46 Abs. 3 SchulG](#)).

Die Eltern melden das erstmals schulpflichtig werdende Kind an einer Grundschule der von ihnen gewählten Schulart an.

Die Gemeindeverwaltung (Schulverwaltungsamt) überprüft anhand der von den Schulen bestätigten Aufnahmen, ob alle schulpflichtigen Kinder angemeldet worden sind. Das Schulverwaltungsamt informiert das zuständige Jugendamt und die zuständige Schulaufsichtsbehörde bei allen Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Schulpflichterfüllung, insbesondere auch dann, wenn schulpflichtige Kinder nicht rechtzeitig angemeldet werden.

1.2 Übergang in eine weiterführende Schule

Zum Besuch einer weiterführenden Schule melden die Eltern die Schülerin oder den Schüler für die Schule der von ihnen gewählten Schulform und Schulart an ([§ 41 Abs. 1 SchulG](#)).

Der Übergang in eine weiterführende Schule richtet sich nach [§ 8 der Verordnung](#) über den Bildungsgang in der Grundschule (AO-GS - BASS 13-11 Nr. 1.1). Die weiterführende Schule unterrichtet die Grundschule über die Aufnahme. Anhand dieser Rückmeldung überprüft die Grundschule, ob alle Schülerinnen und Schüler zu einer weiterführenden Schule aufgenommen worden sind. Die Eltern der Schülerinnen und Schüler, die noch nicht in eine weiterführende Schule aufgenommen worden sind, werden von der Grundschule auf ihre Anmeldepflicht hingewiesen. Über Unregelmäßigkeiten informiert die abgebende Schule die Kommune der abgebenden Schule. Die Sätze 3 bis 6 gelten für Ersatzschulen und Ergänzungsschulen, an denen die Schulpflicht erfüllt werden kann, entsprechend.

1.3 Übergang in das Berufskolleg oder die gymnasiale Oberstufe des Gymnasiums oder der Gesamtschule

Die Durchführung des Verfahrens obliegt der Kommune, in der sich die abgebende Schule befindet, oder den von ihr bestimmten Stellen. Die aufnehmende Schule (auch: Ersatzschule oder Ergänzungsschule, an der die Schulpflicht erfüllt werden kann) unterrichtet die Kommune der abgebenden Schule über die Aufnahme. Anhand dieser Rückmeldung überprüft die Kommune, ob alle Schülerinnen und Schüler angemeldet worden sind und weist die Eltern der noch nicht aufgenommenen Schülerinnen und Schüler auf die Anmeldepflicht hin.

1.4 Schulwechsel

Bei einem Schulwechsel teilen die Eltern der bisherigen Schule mit, welche Schule die Schülerin oder der Schüler künftig besuchen wird. Anhand der Rückmeldung der aufnehmenden Schule überprüft die abgebende Schule, ob die Schulpflicht weiter erfüllt wird. Über Unregelmäßigkeiten informiert die abgebende Schule die Kommune der abgebenden Schule. Die Sätze 2 und 3 gelten für Ersatzschulen und Ergänzungsschulen, an denen die Schulpflicht erfüllt werden kann, entsprechend.

1.5 Übermittlung von Daten

Für die Übermittlung von Daten in den Fällen der Nrn. 1.1 bis 1.4 gilt [§ 7 der Verordnung](#) über die zur Verarbeitung zugelassenen Daten von Schülerinnen und Schülern und Eltern (VO-DV I - BASS 10-44 Nr. 2.1).

2 Teilnahmepflicht

Die Schülerin oder der Schüler kann nur zeitlich befristet gem. [§ 43 Abs. 3 SchulG](#) (jetzt: Absatz 4) vom Unterricht beurlaubt oder von der Teilnahme an einzelnen Unterrichts- oder Schulveranstaltungen befreit werden. Für Schulversäumnisse wegen Krankheit gilt [§ 43 Abs. 2 SchulG](#).

3 Maßnahmen bei Nichterfüllung der Schulpflicht

Die Maßnahmen Nr. 3.1 und 3.2 können auch bei Verletzung der Teilnahmepflicht durch nicht schulpflichtige Schülerinnen und Schüler angewandt werden.

3.1 Erzieherische Einwirkung ([§ 53 Abs. 2 SchulG](#))

Die Ursachen von Schulpflichtverletzungen liegen häufig im sozialen Umfeld der Schülerin oder des Schülers. Die Schule soll daher versuchen, durch eine umfassende Beratung den Sinn und Zweck der Schulpflicht verständlich zu machen und so eine Verhaltensänderung herbeizuführen. Die Schule soll in diesen Fällen möglichst frühzeitig das Jugendamt beteiligen, damit - falls erforderlich - geeignete Angebote der Jugendhilfe und der sozialen Dienste gemacht werden können.

3.2 Ordnungsmaßnahmen ([§ 53 Abs. 3 SchulG](#))

Bleibt die erzieherische Einwirkung erfolglos, kommt die Anwendung einer in [§ 53 Abs. 3 SchulG](#) genannten Ordnungsmaßnahme in Betracht. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist zu beachten ([§ 53 Abs. 1 Satz 3 und 4 SchulG](#)).

3.3 Schriftliche Aufforderung der Schule

Reichen die vorgenannten Maßnahmen nicht aus, um eine Verhaltensänderung herbeizuführen, so sind die Eltern und bei Schulpflichtigen im Bildungsgang der Berufsschule auch die Mitverantwortlichen für die Berufserziehung schriftlich auf ihre Verpflichtungen gemäß [§ 41 Abs. 1 und 2 SchulG](#) hinzuweisen und aufzufordern, die Schülerin oder den Schüler zum regelmäßigen Schulbesuch zu veranlassen.

Gleichzeitig ist auf die Möglichkeiten eines Verwaltungsvollstreckungsverfahrens gemäß [§ 41 Abs. 5 SchulG](#) oder eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens gemäß [§ 126 Abs. 1 SchulG](#) hinzuweisen oder eine zwangsweise Zuführung gemäß [§ 41 Abs. 4 SchulG](#) für den Fall anzudrohen, dass die oder der Schulpflichtige nicht innerhalb von drei Unterrichtstagen ihrer oder seiner Teilnahmepflicht nachkommt.

Auch Schülerinnen und Schüler, die das 14. Lebensjahr vollendet haben sind schriftlich auf ihre Pflicht zum Schulbesuch gemäß [§ 34 Abs. 2 SchulG](#) und die Möglichkeit eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens gemäß [§ 126 Abs. 1 SchulG](#) hinzuweisen. Dabei kann die zwangsweise Zuführung gemäß [§ 41 Abs. 4 SchulG](#) für den Fall angedroht werden, dass die oder der Schulpflichtige nicht innerhalb von drei Unterrichtstagen ihrer oder seiner Teilnahmepflicht nachkommt.

3.4 Zwangsweise Zuführung

Bleiben die Maßnahmen nach Nr. 3.1 und 3.3 erfolglos, so kann sowohl neben den Maßnahme nach Nr. 3.5 und 3.6, als auch unabhängig davon die oder der Schulpflichtige zwangsweise der Schule zugeführt werden. Dabei ist folgendes Verfahren zu beachten:

3.4.1 Erfüllt die oder der Schulpflichtige trotz schriftlicher Aufforderung mit der Androhung der zwangsweisen Zuführung nach Nr. 3.3 ihre oder seine Teilnahmepflicht nicht, beantragt nach vorheriger Absprache entweder die Schulleiterin oder der Schulleiter oder die Schulaufsichtsbehörde bei der für den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt der oder des Schulpflichtigen zuständigen Ordnungsbehörde die zwangsweise Zuführung der oder des Schulpflichtigen zur Schule. Eine förmliche Androhung oder Festsetzung der zwangsweisen Zuführung nach §§ 63 und 64 [Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW](#) ist nicht erforderlich.

3.4.2 Nimmt die oder der Schulpflichtige vor der Durchführung der Maßnahme wieder regelmäßig am Unterricht teil, ist das Ersuchen auf zwangsweise Zuführung zurückzunehmen.

3.4.3 Die zwangsweise Zuführung zur Schule kommt bei Schulpflichtigen, die ihre Vollzeitschulpflicht erfüllen, im Allgemeinen nur dann in Betracht, wenn auch die Angebote der Jugendhilfe und der sozialen Dienste erfolglos geblieben sind. Wenn die oder der Schulpflichtige im Anschluss an einen Schulwechsel länger als drei Unterrichtstage der neuen Schule fernbleibt, kann das Verfahren nach Nr. 3.3 sofort eingeleitet werden. Ebenso kann das Verfahren schon nach drei Fehltagen eingeleitet werden, wenn anzunehmen ist, dass sich die oder der Schulpflichtige auf Dauer der Schulpflicht entziehen will. Beratung und erzieherische Einwirkungen sind nachzuholen.

3.5 Ordnungswidrigkeitenverfahren

Neben den Maßnahme nach Nr. 3.4 und 3.6 als auch unabhängig davon kann gemäß [§ 126 SchulG](#) im Wege eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens eine Geldbuße bis zu 1.000 Euro verhängt werden

- gegen Eltern, die ihrer Verpflichtung zur Anmeldung zum Schulbesuch nicht nachkommen,
- gegen Eltern, die nicht für die Teilnahme ihres Kindes an der Sprachstandsfeststellung sorgen,
- gegen Eltern, die nicht für die regelmäßige Teilnahme ihres zur Teilnahme an einem vorschulischen Sprachförderkurs verpflichteten Kindes sorgen,
- gegen die Eltern und Mitverantwortlichen für die Berufserziehung, die nicht dafür Sorge tragen, dass die oder der Schulpflichtige am Unterricht und an den sonstigen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilnimmt und
- gegen Schülerinnen und Schüler nach Vollendung des 14. Lebensjahres, die ihre Schulpflicht in der Sekundarstufe I oder Sekundarstufe II nicht erfüllen.

Dabei ist folgendes Verfahren zu beachten:

3.5.1 Bevor ein Bußgeldbescheid erlassen werden kann, ist der oder dem Betroffenen die Beschuldigung bekannt zu geben und darauf hinzuweisen, dass ein Bußgeld verhängt werden kann. Gleichzeitig ist Gelegenheit zur Anhörung zu geben. Dabei reicht die Übersendung eines Fragebogens, der Gelegenheit gibt, sich schriftlich zu äußern, aus. Die Anhörung kann auch durch die Schule erfolgen. Sie kann auch zusammen mit der Maßnahme nach Nr. 3.4 durchgeführt werden.

3.5.2 Für den Erlass des Bußgeldbescheides ist nach [§ 126 Abs. 3 SchulG](#) die Schulaufsichtsbehörde zuständig.

3.5.3 Der Antrag an die Schulaufsichtsbehörde soll enthalten:

- a) Die Personalien der oder des Schulpflichtigen, ihrer oder seiner Eltern und ggf. die Anschrift der Mitverantwortlichen für die Berufserziehung,
- b) die Dauer des Schulversäumnisses,
- c) ein Bericht über die bisher von der Schule veranlassten Maßnahmen und die darauf erfolgte Reaktion und
- d) den Nachweis über die durchgeführte Anhörung.

3.6 Verwaltungszwang

Bleiben die Maßnahmen nach Nr. 3.1 bis 3.3 erfolglos, kann sowohl neben den Maßnahmen nach Nr. 3.4 und Nr. 3.5, als auch unabhängig davon, Verwaltungszwang nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz verhängt werden.

Dabei ist folgendes Verfahren zu beachten:

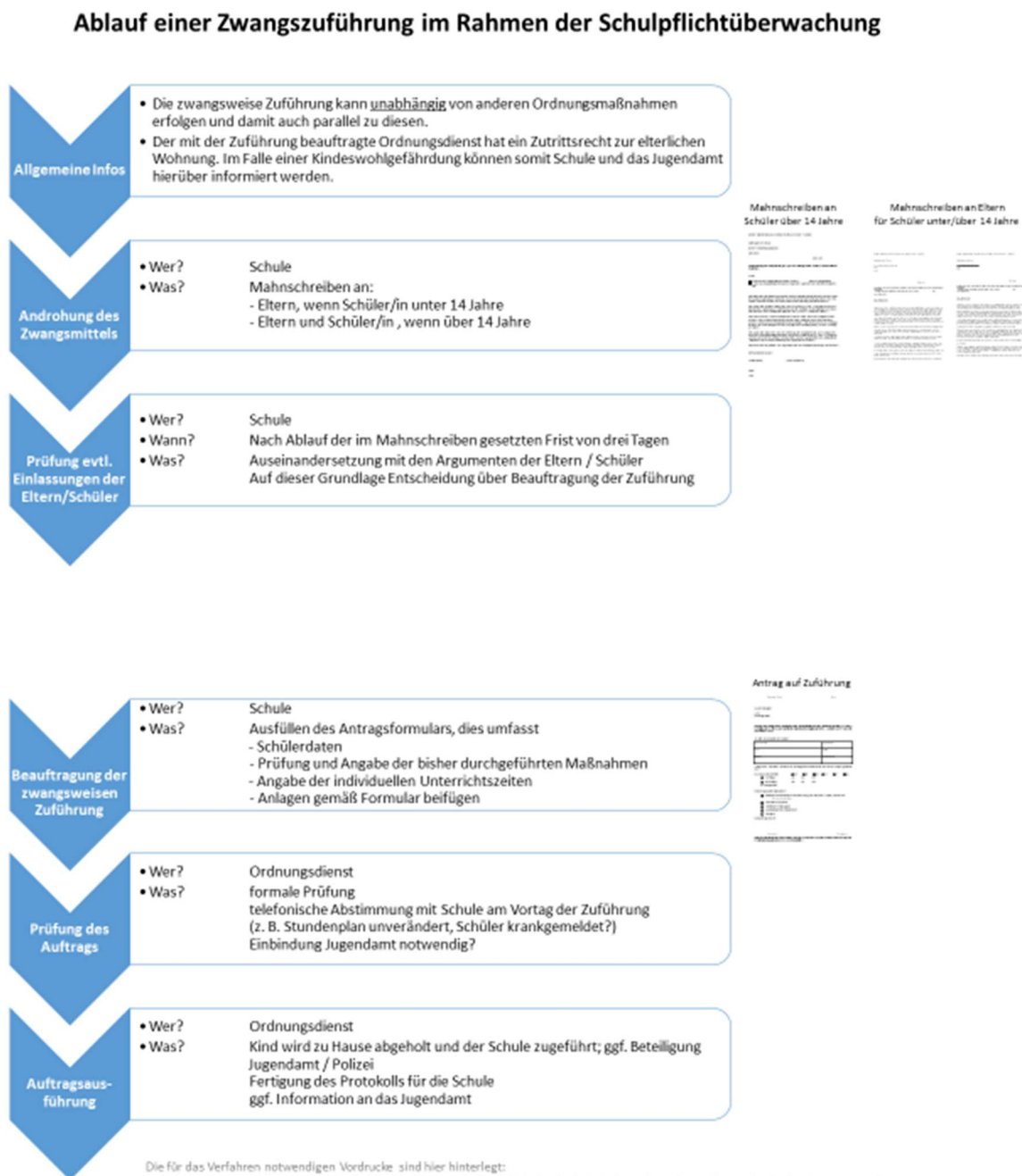
3.6.1 Der Verwaltungszwang kann nur auf der Grundlage eines bestandskräftigen oder sofort vollziehbaren Verwaltungsaktes angewandt werden. Dieser Verwaltungsakt muss eine Aufforderung der zuständigen Schulaufsichtsbehörde an die Eltern enthalten, dafür Sorge zu tragen, dass die oder der Schulpflichtige am Unterricht und an den sonstigen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilnimmt. Die Aufforderung ist mit einer Anordnung der sofortigen Vollziehung zu versehen.

3.6.2 Das Zwangsmittel zur Durchsetzung der Aufforderung (Zwangsgeld) ist schriftlich gemäß § 63 [Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW](#) anzudrohen. Die Androhung ist mit der Aufforderung an die Eltern, dafür zu sorgen, dass die oder der Schulpflichtige am Unterricht und an den sonstigen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilnimmt, zu verbinden. Es ist eine angemessene Frist zur Erfüllung dieser Verpflichtung zu gewähren. Das Zwangsgeld ist in bestimmter Höhe anzudrohen und mit dem Hinweis darauf zu verbinden, dass bei Nichtzahlung das Verwaltungsgericht auf Antrag der Vollzugsbehörde Ersatzzwangshaft anordnen kann.

3.6.3 Nach erfolgloser Androhung des Zwangsgeldes ist nach entsprechendem Fristablauf das Zwangsgeld schriftlich festzusetzen. Mit der Festsetzung ist eine angemessene Zahlungsfrist zu bewilligen. Nach erneut fruchtlosem Fristablauf ist das Zwangsgeld im Verwaltungszwangsverfahren beizutreiben.

Anlage 4

Ablauf einer Zwangszuführung im Rahmen der Schulpflichtüberwachung



Anlage 5**Checkliste zur Bearbeitung der Versäumnisanzeige für den Bußgeldbescheid**

- ☐ Schulstempel der Schule
- ☐ Datum der Anzeige
- ☐ Personalien des Schulpflichtigen und dessen Eltern
Wichtig für das Bußgeld ist eine ordnungsgemäße Meldeanschrift des Bußgeldempfängers.
- ☐ Unentschuldigte Fehltage
Die Fehltage müssen mit denen im Anhörungsschreiben aufgeführten Zeiten übereinstimmen (keine schulfreien Tage wie Feiertage/Wochenenden). Die Angabe von – bis darf nur erfolgen, soweit tatsächlich alle dazwischen liegenden Tage ununterbrochen gefehlt wurde.

Bisherige Maßnahmen

- ☐ Mahnschreiben vom:
- ☐ Gespräche mit den Eltern am:
- ☐ Gespräche mit dem/der Schüler/in am:
- ☐ Sonstiges:
Weitere Maßnahmen wie z. B. die zwangsweise Zuführung zur Schule, können parallel zum Bußgeldverfahren veranlasst werden.

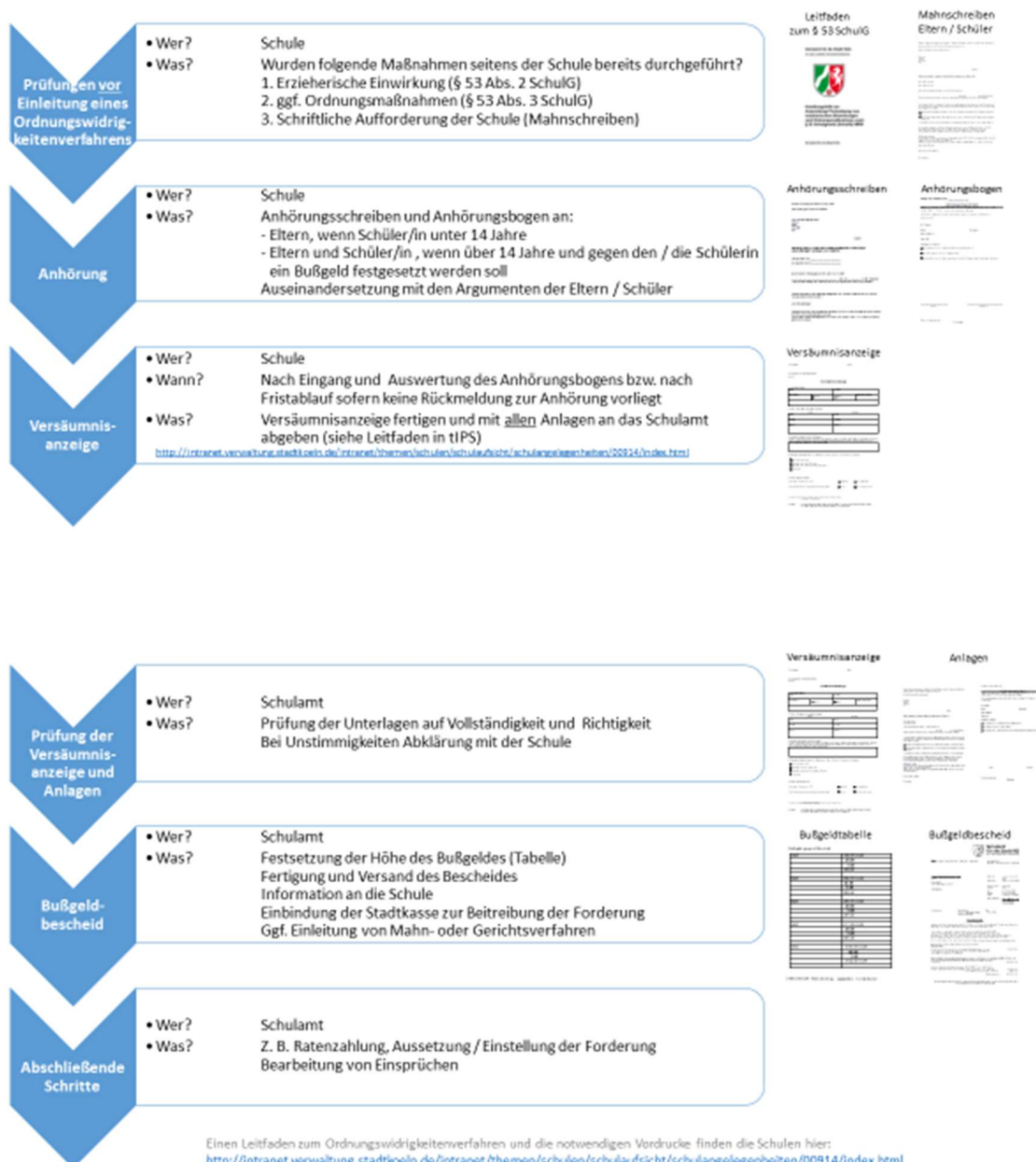
Anhörungsschreiben

- ☐ an die Eltern
und ggf.
- ☐ die Schülerin/den Schüler (ab ersten aufgeführtem Fehltag 14 Jahre)
Der Adressat des Anhörungsschreibens muss eindeutig erkennbar sein, also Vor- und Zuname (nicht Familie oder nur den Zunamen)
- ☐ Original des zurückgesendeten Anhörungsbogens
- ☐ Kurz gefasste Stellungnahme der Schule
- ☐ Beidseitige Kopie der Postzustellungsurkunde (wichtig Tag der Zustellung)

Anlage 6

Ablauf des Ordnungswidrigkeitenverfahren im Rahmen der Schulpflichtüberwachung

Ablauf Bußgeldverfahren im Rahmen der Schulpflichtüberwachung



Einen Leitfaden zum Ordnungswidrigkeitenverfahren und die notwendigen Vordrucke finden die Schulen hier:
<http://intranet.verwaltung.stadtkeoln.de/intranet/themen/schulen/schulaufsicht/schulanglegenheiten/00914/index.html>

Leitfaden § 53 SchulG – Erzieherische Einwirkungen und Ordnungsmaßnahmen:
http://intranet.verwaltung.stadtkeoln.de/imperia/md/content/aemteronline/40/schulaufsicht/leitfaden_ordnungsma%3fnahmen.pdf

Anlage 7

Hinweise für die Schulen bei der Durchführung von Bußgeldverfahren und mögliche Fehlerquellen

- Die Schreiben an die Betroffenen (Mahn-/Anhörungsschreiben, Postzustellurkunden) sollen von den Schulen am PC, mit Vor- und Zunamen jedes Elternteils ausgefüllt werden.
- Bei Bußgeldern gegen Jugendliche ist das Anhörungsschreiben an die Eltern und den Jugendlichen zu verschicken. Es ist darauf zu achten, dass die Anhörungsschreiben komplett (mit dem Datum der Äußerungsfrist) dem Schulamt zugeschickt werden.
- Im Anhörungsschreiben sind Fehltage rückwirkend für das letzte ½ Jahr anzugeben.
- Das Anhörungsschreiben muss innerhalb eines halben Jahres ab dem Ausfertigungsdatum dem Schulamt zugeschickt werden.
- Fehldaten auf der Anzeige müssen mit denen im Anhörungsschreiben übereinstimmen.
- Immer eine kalendarische Auflistung der Fehltage vornehmen, keine KW oder nur Wochenstunden angeben.
- Auf der Versäumnisanzeige ist anzukreuzen, ob sich jemand geäußert hat und gegen wen das Bußgeld festgesetzt werden soll.
- Die Anzeigen werden von der Schulleitung oder einem Beauftragten unterschrieben.
- Sollten Entschuldigungen / Atteste beigefügt werden, diese aber von der Schulleitung nicht anerkannt werden, ist immer der Grund der Ablehnung anzugeben.
- Nur Anlagen beifügen, die für die Bußgeldfestsetzung erforderlich sind.
- Der zeitliche Abstand zwischen den Anzeigen sollte bei Jugendlichen nicht unter 2 Monaten liegen.
- Bei Elternteilen wird i.d.R. erst dann wieder ein neues Verfahren eingeleitet, wenn das bereits festgesetzte Bußgeld bezahlt wurde oder Vollstreckungsmaßnahmen abgeschlossen wurden.
- Zwingend die Vordrucke aus Schulen / tIPS verwenden.
- Wird eine zwangsweise Zuführung geplant, sind ebenfalls nur die Vordrucke aus Schulen / tIPS zu verwenden.
- Unter tIPS finden Sie alle Vordrucke und ausführliche Darstellungen der jeweiligen Verfahren:
<http://intranet.verwaltung.stadtkoeln.de/intranet/themen/schulen/schulaufsicht/schulangelegenheiten/00914/index.htm>